

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 10

Artikel: Der Fall K
Autor: W.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-653203>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Fall K

Anfang Juli ging der *Wechselwirkung* und der *Tageszeitung* ein Manuskript recht brisanten Inhalts zu. Ein Atomstaatszenario für das Jahr 2030 wird darin ausgebreitet, die notwendigen Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen vor möglichen Sabotageakten, Diebstahl von Brennelementen, Überfällen und dergleichen mehr dargestellt – kurz eine Atomstaatsversion konsequent durchdacht, die das Jungksche Modell dagegen harmlos erscheinen läßt. Ein Absprache mit der TAZ über eine gleichzeitige Veröffentlichung kam leider nicht zustande, eigentlich sollte auf diesen Seiten der Fall „K“ – der größte anzunehmende Mißbrauch von spaltbarem Material – dokumentiert werden. Die *Tageszeitung* hat dies nun ausführlich in ihrer Ausgabe vom 10.7.1981 getan, und bis der Leser die *Wechselwirkung* in der Hand hält, haben sich vielleicht noch weitere angeschlossen. Dennoch bleiben die Vorgeschichte dieser Studie und die Diskussion um den Abdruck der nicht autorisierten Version in der TAZ (ca. 20% vom Originaltext) weiterhin interessant.

Die einen sagen Atomstaat, die anderen nennen es wissenschaftlich neutral „Die Sozialverträglichkeit verschiedener Energiesysteme in der Industriegesellschaft“ – so nämlich der Titel eines mehrjährig angelegten Forschungsprojektes, gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT). Der Essener Physiker Klaus Meyer-Abich, Mitglied der Enquête-Kommission der Bundesregierung zu Energiefragen, ist der Leiter. Ein Mitarbeiter des Projekts, Alexander Roßnagel, erhielt dabei die Aufgabe, die „notwendige Sicherung gegen den Mißbrauch spaltbaren Materials“ zu untersuchen.

Soweit, sogut; schließlich hat das BMFT schon verschiedentlich an den sozialen und politischen Auswirkungen der Atomenergie Interesse gezeigt. Doch das Problem einer Veröffentlichung dieser Studien stellt sich immer wieder von neuem, und es wird wohl praktisch von der Brisanz der gemachten Aussagen entschieden. Die TAZ, die WW und einige andere erhielten über die verschlungenen Pfade der Indiskretion den 75 Seiten starken Zwischenbericht Roßnagels, und die TAZ konnte ihrer „Sensationsgier“ (so Roßnagel in einem Brief an die TAZ) nicht widerstehen und läßt den Knüller aus dem fiktiven Atomstaat in ihre eher bescheidene Öffentlichkeit.

Gründe dafür gibt es genug. Der Autor hat zum ersten gut gearbeitet. Er hat die wichtigen Argumente von Atomkraftgegnern bezüglich der sozialen Sicherheit verarbeitet, aber auch den Bericht der Ford-Stiftung oder einschlägiges Material der Reaktor-Lobby (das den Atomkraftgegnern zum größten Teil unbekannt sein dürfte). Er darf frei von rechtsstaatlichen oder organisatorischen Skrupeln zu jedem denkbaren „Mißbrauch“ radioaktiven Materials, insbesondere Plutonium, eine Gegenmaßnahme vorschlagen. Seine Ergebnisse bleiben dennoch für die Konstrukteure der atomaren Gesellschaft fatal, denn diese wird in hohem Maße sabotierbar, erpreßbar und demzufolge repressiv sein müssen! Beim Lesen lief es mir gelegentlich kalt über den Rücken, da es mit ein bißchen Phantasie offenbar sehr einfach ist, den Atomstaat gründlich durcheinanderzuwerfeln.

Es sieht also so aus, als hätte das BMFT seinen eigenen Totengräber finanziert. Man mag über die politischen Hintergründe, die solche Studien als förderungswürdig anerkennen, getrost spekulieren, sie können die Auftraggeber, letztlich also die Bundesregierung, nicht aus dem nun entstandenen Dilemma

befreien. Insofern war der Abdruck zu einem relativ frühen Zeitpunkt gerechtfertigt, also bevor das BMFT seinen Rotstift ansetzen, d.h. mit den ihm eigenen Machtmitteln das brisante Papier in abgeschwächter Form an die Öffentlichkeit lassen würde.

Der Autor war jedoch gegen eine vorzeitige Veröffentlichung, aus Gründen der wissenschaftlichen Vollständigkeit. Er habe noch Experteninterviews in den Kernforschungszentren Jülich und Karlsruhe durchführen wollen, um mögliche Einwände gegen seine Aussagen vor der eigentlichen Veröffentlichung zu berücksichtigen, und so weist er folgerichtig auf „die Vorläufigkeit dieser abgedruckten Passagen“ hin. Hinzu kommt, daß durch den Vorabdruck „mögliche Schwierigkeiten für ihn und das Projekt“ entstehen könnten (vgl. TAZ vom 15.7.81). Unerwartete Schützenhilfe erfuhr er von Otto Ullrich, der unseren Lesern wohl nicht vorzustellen ist. Dieser rief in der WW-Redaktion an und bat uns, vorsichtig auf eine Nicht-Veröffentlichung des Berichtes hinzuwirken. Ein Vertrauensbruch unter Kollegen beim Umgang mit solchen Papieren sei die Folge. In Essen vermutete man nämlich, der Bericht habe über das Traube-Projekt an der TU, an dem auch Ullrich mitarbeitet, den Kreislauf der kritischen Wissenschaft verlassen.

Was tun? Roßnagel wirft der TAZ vor, sie allein wolle die politische Relevanz des Berichtes feststellen, um dann unabhängig von den Autoren über die Veröffentlichung zu entscheiden. Hier trifft zu, daß die TAZ und die WW schon vor seiner Intervention dies ins Auge gefaßt hatten; dennoch darf nicht übersehen werden, daß ab einem bestimmten Punkt die besonderen Interessen eines Autors gegenüber einem in intensiven Diskussionen gefundenen politischen Interesse zurückstehen sollten. Das Argument der Vorläufigkeit und Isoliertheit seiner Ausführungen ist unseres Erachtens vorgeschoben.

Alle, mit denen wir darüber sprachen, hielten diesen Bericht für die gründlichste Untersuchung zum Thema Atomstaat. Es bleibt festzuhalten, daß das Projekt aus seiner Sicht die organisatorischen und juristischen Normen des Auftraggebers z.B. in Hinblick auf das Abtreten jeglicher Veröffentlichungsrechte an das Ministerium, wie es bei solchen Forschungsvorhaben üblich ist, verinnerlicht hat. Dieses Problem mag bei staatlichen Aufträgen immer entstehen.

Dem Vorwurf des Vertrauensbruchs können wir auch nicht zustimmen. Wer mit einer solchen Qualität Thesen von solcher Brisanz zu Papier bringt, ist gegen eine Veröffentlichung nur gefeit, wenn er Papier und Gedanken daheim im Kämmerchen aufbewahrt.

Und das BMFT selbst? Bis Redaktionsschluß ließ es sich auch auf Nachfrage nicht zu einem Kommentar hinreißen. Die Möglichkeit des Dementis ist durch das Bekenntnis des Autors bereits zerstört, also mimt man auf nichtwissend. Die Zwickmühle ist in der Tat prekär: eine völlige Distanzierung vom Autor ist peinlich, da das politische Raster, das der Projektvergabe vorausgeht, dann gänzlich versagt hätte. Eine Kritik des Berichtes wäre eher angebracht, sie dürfte aber sowohl den Bürokraten aus Bonn als auch den Technokraten aus Jülich oder Karlsruhe schwerfallen, verstehen sie doch von einer derart brisanten Thematik wie dem Atomstaat immer nur ein winziges Eckchen. Roßnagel dagegen hat sich zwar in technologische Details eingearbeitet, gleichzeitig aber ein Gespür für die Widersprüche entwickelt, die die Plutonium-Gesellschaft auf einer etwas komplexeren Ebene entwickeln wird. Er macht nämlich klar, daß die Sicherungskräfte der von vielerlei Seiten hoch begehrten Ware, des Plutonium, in ein Zwielicht geraten werden, das bereits aus einer ganz anderen Ecke genügend bekannt ist: es sind die Dealer und Drogenabhängigen in den Rauschgiftdezernaten, bis hoch zum Boß!

WW